

Landrat bittet Nachbarn zur Kasse

Das Parlament bewilligt 771 Millionen an die Universität bis 2029, für die Zeit danach zerbricht er sich den Kopf.

Hans-Martin Jermann

Die Universität Basel erhält von den beiden Trägerkantone mehr Geld: Der Landrat hat am Donnerstag 733 Millionen Franken gesprochen, die im Rahmen des Leistungsauftrags 2026 bis 2029 aus dem Baselbiet an die Uni fliessen sollen. Der Basler Grosse Rat befindet am kommenden Mittwoch über den Anteil des Stadtkantons von 771 Millionen. Insgesamt erhält die Alma Mater demnach von beiden Basel für die nächsten vier Jahre insgesamt 1,504 Milliarden Franken, 11 Prozent mehr als in der nun ablaufenden Vierjahresperiode.

Die Regierungen seien überzeugt, dass man in den Verhandlungen ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der Uni und den Möglichkeiten der Trägerkantone finden konnte, sagte die abtretende Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) in der knapp zweistündigen Debatte im Landrat. «Die Uni Basel ist wichtig für unsere Region und ein zentraler Standortfaktor. Wir brauchen unsere Universität – umgekehrt braucht die Uni uns», sagte sie.

Einige SVPler zeigten sich für einmal Uni-freundlich

Über den Leistungsauftrag an sich wurde im Parlament kaum mehr diskutiert. Am Schluss wurde dieser mit 66 Ja- zu 14-Nein-Stimmen in der erwarteten Deutlichkeit verabschiedet. Selbst in der Uni-kritischen SVP war die Ablehnung nicht einheitlich. Regierungskandidatin Caroline Mall, einige weitere SVP-Landräte aus der Agglo sowie Parteichef Peter Riebli sagten Ja zu den Hochschulmillionen. Mall äusserte sich zehn Tage vor dem Wahltag wohlwollend zur Uni, gab aber gleich auch eine Forderung für die Zeit ab 2030 aus: «Der nächste Leistungsauftrag muss deutlich günstiger werden fürs Baselbiet.»



Im Baselbieter Parlament ist man sich einig: Für die Universität Basel muss eine neue Finanzierung her.

Bild: Kenneth Nars

Doch wie geht das, ohne bei der Uni substanziell zu sparen? Aus der Baselbieter Politik schallt immer lauter die Forderung, dass sich andere Kantone stärker an der Uni-Finanzierung beteiligen müssen. Dies fordert auch eine von elf Gemeinden lancierte Initiative. Diese steht in der Kritik, ein an sich berechtigtes Anliegen auf falschem, sprich: untauglichem Weg erreichen zu wollen.

Neue Initiative soll andere Kantone zur Kasse bitten

Untermauert wird die Forderung mit folgenden Zahlen: Basel-Stadt zahlt rechnerisch für jeden eigenen, im Kanton wohnhaften Studenten respektive Studentin insgesamt 84'800 Franken pro Jahr. Im Falle des Kantons Baselland, aus dem mehr Studierende an der Uni eingeschrieben sind als aus

dem Stadtkanton, sind es 55'600 Franken. Bei den Studierenden aus der übrigen Schweiz indes bloss 14'800 Franken.

Zu höheren Zahlungen verpflichtet werden sollen insbesondere die Nachbarkantone Aargau und Solothurn, die zusammen in etwa gleich viele Studierende an die Uni Basel schicken wie der Standortkanton.

«Es ist ungerecht, dass andere Kantone so wenig an die Uni bezahlen», sagte FDP-Fraktionssprecher Thomas Eugster. Dieses Ungleichgewicht, das ja nicht nur in Basel, sondern schweizweit bestehe, gefährde die Bildungslandschaft und müsse dringend korrigiert werden, forderte er. Geschehen soll dies mittels einer Anpassung der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV), zu der allerdings eine Mehrheit der Kantone zustimmen müssten.

Ein schwieriges Unterfangen, zumal die Mehrheit Nicht-Universitätskantone sind.

Ursula Wyss (SP) kündigte an, dieser Forderung mit einer Standesinitiative, die auch im Stadtkanton lanciert werden soll, Nachdruck zu verleihen. Immerhin in beiden Basel scheint es also mittlerweile eine mehrheitsfähige Meinung zum weiteren Vorgehen zu geben.

Standortvorteil: Kommt Basel zu günstig weg?

Grünen-Fraktionschef Stephan Ackermann brachte schliesslich eine andere Idee ins Spiel: die Universitäten in die Verantwortung des Bundes zu übergeben. «Mit dem Kantönlgeist, den wir mit den kantonal getragenen Unis heute betreiben, stehen wir uns selber im Weg. Das wird je länger, desto schlechter funktionieren», ist Ackermann über-

zeugt. Nur: Eine grundlegende Reform der Hochschul-Finanzierung wäre politisch noch schwieriger zu bewerkstelligen als eine Änderung der IUV.

Konkret und mit absehbarem Zeithorizont wird zwischen den beiden Basel aktuell über eine weitere Änderung diskutiert: Demnach soll bei der gemeinsamen Uni-Finanzierung der Standortvorteil des Kantons Basel-Stadt neu berechnet werden. Die Regierungen hätten sich darauf geeinigt, hierzu eine Arbeitsgruppe einzusetzen, sagte Bildungsdirektorin Gschwind im Landrat. Als Kompensation für den Standortvorteil wird der Stadtkanton in den nächsten vier Jahren mit 84,7 Millionen Franken respektive knapp 21,2 Millionen pro Jahr belastet. Nach Ansicht des Baselbiets kommt die Stadt damit zu günstig weg.